

NACHRICHTEN

## Grossdietwil hat neuen Seelsorger

**GROSSDIETWIL** red. Die Pfarrei Grossdietwil hat ab September wieder einen Seelsorger. Nach der Demission von Pfarrer **Pius Troxler** im Dezember begann die Suche nach einem Nachfolger. Dieser ist **Gregor Glogowski**, ein 35-jähriger polnischer Priester, der sehr gut Deutsch spricht. Mit dem Heimatbistum Polen wurde eine Anstellung bis 2016 vereinbart.

## Ballons konnten nicht starten

**BEROMÜNSTER** red. Gut 3000 Flug-Fans kamen am Wochenende an die Flüügerchilbi in Beromünster. An Rund- und Schnupperflügen nahmen 467 Passagiere teil. Der Ballonstart mit 17 Heissluftballons musste wegen zu starkem Wind abgesagt werden.

## Gehen bald Bahnschalter zu?

**NOTTWIL** Im. Nottwil zittert um den bedienten Bahnschalter. Der Grund: Die SBB wollen bei den privat betriebenen Verkaufsschaltern die Provision pro verkauftes Generalabonnement per Anfang 2012 von bis zu 460 auf 50 Franken senken. Dies berichtete gestern die Radiosendung «Espresso». SBB-Sprecher Roman Marti bestätigt: «Beim GA ist die Marge ein Mehrfaches grösser als der Betrag, den die SBB selber aus dem ÖV-Verband an Bearbeitungsgebühren erhalten. Dadurch entstehen den SBB jährliche Mehrausgaben von über 1 Million Franken.» Das Geld fehle den SBB, etwa für neue Züge.

### Einen Drittel weniger Provision

Die 14 privat betriebenen Bahnhöfe in der Schweiz – der einzige im Kanton Luzern ist jener in Nottwil – bringt dies in Bedrängnis. «Wenn die SBB ihre Provision senken, fehlen uns jährlich rund 40 000 bis 50 000 Franken in der Kasse», sagt Remo Fehlmann, Vertreter der Seminarhotels in der IG Bahnhof Nottwil. Dies entspricht rund einem Drittel der jährlichen Provisionserträge. Die IG betreibt den Verkaufsschalter seit 1993 privat, nachdem die SBB angekündigt hatten, ihn aufzuheben. «Wir möchten den Bahnschalter gern weiterführen, aber um jeden Preis geht das nicht», sagt Fehlmann.

Gemäss Marius Christ, Geschäftsführer der Gemeinde Nottwil und deren Vertreter in der IG, ist der Betrieb schon jetzt nicht kostendeckend. Die Partner der IG, die Gemeinden Nottwil und Buttisholz, das Seminarhotel Sempachersee und das Schweizer Paraplegiker-Zentrum, übernehmen das Defizit. «Wir können nicht akzeptieren, dass uns auf einen Schlag ein Drittel der Einkünfte gekürzt werden», sagt er. Man setze auf Verhandlungen mit den SBB. Am Bahnschalter arbeiten drei Personen in Teilzeitpensen (Montag bis Freitag, 7 bis 9.45 Uhr und 15 bis 18.45 Uhr).

## Neue Räume für die Verwaltung

**VITZNAU** red. Die Gemeindeverwaltung Vitznau kann neue Räumlichkeiten beziehen. Die Stimmberechtigten haben einem Kredit von 1,55 Millionen Franken mit 221 Ja gegen 88 Nein zugestimmt.

### Umzug für Frühling geplant

Mit dem Geld kauft der Gemeinderat Stockwerkeigentum am Dorfplatz. Zugleich hat er die Kompetenz erhalten, die Räumlichkeiten im Erdgeschoss umzubauen. Die Gemeindeverwaltung kann voraussichtlich im nächsten Frühling aus dem Primarschulhaus ausziehen. Der Gemeinderat leitet nun das Baubewilligungsverfahren für den Umbau ein. Die Arbeiten sollen im Herbst beginnen.

# Neue Feier beruhigt Gemüter

**SEMPACH** Die diesjährige Schlachtjahrzeit fand erstmals ohne Umzug statt. Das bedauern einige Parteien – wieder aufs Schlachtfeld marschieren möchte aber nur die SVP.

ALEKSANDRA MLADENOVIC  
aleksandra.mladenovic@luzernerzeitung.ch

Am Sonntag wurde der Schlacht von Sempach mit einem ökumenischen Gottesdienst und einem Mittelalterfest gedacht (Ausgabe von gestern). An der diesjährigen Feier, die sich über mehrere Tage erstreckte, haben ein Forum Geschichte, Jugenddebatten und eine Musikplattform den Umzug ersetzt. Im Kantonsparlament führte die Umgestaltung zu langen und hitzigen Diskussionen. Wir fragten nun bei den Parteien nach, wie sie die erste Feier nach neuem Konzept beurteilen.

### SVP wünscht Umzug zurück

Der Regierungsrat hatte sich im Januar gegen einen Umzug vom Sempacher Städtli aufs Schlachtfeld entschieden, weil man rechtsnationalen Kreisen keine Plattform mehr bieten wollte. Über das Aus für den Umzug zeigt sich SVP-Fraktionschef Guido Müller enttäuscht: «Über kurz oder lang wird die Schlachtfeier auf diese Weise sterben.» Für ihn sei das neue Konzept einfach

### «Der Umzug ist für uns ein alter Zopf.»

MONIQUE FREY, GRÜNE

nur teuer. Die Feierlichkeiten haben den Kanton rund 330 000 Franken gekostet. Ausserdem sei der Anlass nun «keine Schlachtgedenkefeier mehr, sondern nur noch ein Städtlifest». Deshalb sei er auch nicht vor Ort gewesen.

Müllers Vorschlag: «Man sollte zur alten Version zurückkehren mit einem Demonstrationsverbot für Linke und Autonome.» Denn erst durch ihr Auftreten sei ein Konflikt entstanden. «Die Rechtsextremen nahmen ohne Gewaltausübung am Marsch teil», so Müller. Als die Juso 2009 mit einer Demonstration gegen die Rechtsextremen vorging, kostete alleine das Polizeiaufgebot für den Umzug rund 300 000 Franken. Die SP stehe auch heute noch hinter der bewilligten Demo, so Fraktionspräsidentin Beeler Gehrler: «Nach jahrelan-



Asmo hilft Raphael beim Pfeilbogenschiessen an der Schlachtjahrzeit vom letzten Sonntag.

Bild Boris Bürgisser

gem Ignorieren durch die bürgerlichen Parteien war die Juso die einzige Partei, die dem rechtsnationalen Treiben ein Ende setzen wollte.»

### «Traditionsbruch war nötig»

Pragmatischer sieht David Staubli, Fraktionspräsident der Grünliberalen, die Situation: «Wenn die Sicherheitskosten derart hoch sind, ist es wohl sinnvoller, auch in Zukunft auf den Umzug zu verzichten.» Es sei eine Zeiterscheinung, dass traditionsreiche Veranstaltungen von den politischen

Extremen zu politischen Zwecken missbraucht würden. Es sei zwar zu bedauern, dass «wegen der Rechtsextremen ein solcher Traditionsbruch nötig wurde», doch das neue Konzept habe sich bewährt. «Jetzt muss nicht gleich das nächste Experiment angegangen werden», so Staubli.

Auch die FDP akzeptiert den Entscheid gegen einen Umzug, erwartet nun von der Regierung aber eine saubere Evaluation des Anlasses. Fraktionspräsident Rolf Born sagt: «Eine erneute Diskussion um die Form der

## Pnos-Umzug

**SCHLACHTFELD** mla. Die rechts-extreme Pnos (Partei National Orientierter Schweizer) marschiert am kommenden Samstag – eine Woche nach der offiziellen Schlachtjahrzeitfeier – zum Schlachtfeld oberhalb von Sempach. Dass der Kanton den Umzug bewilligt hat, nachdem extra ein neues Konzept für die Schlachtfeier ausgearbeitet wurde, stösst bei der SP auf wenig Verständnis. «Ich bedaure es, dass die Pnos den Umzug durchführen darf», sagt Silvana Beeler Gehrler, Fraktionspräsidentin der SP, auf Anfrage.

Silvana Beeler Gehrler befürchtet nun, dass auch bürgerliche Politiker aus Enttäuschung über den Wegfall des Umzugs am Samstag mit der Pnos mitmarschieren werden: «Die Botschaft wäre fatal. Es geht letztlich nicht um den Umzug an sich, sondern um die Werthaltung, die dahintersteht.» Guido Müller, Fraktionspräsident der SVP, hält dagegen: «Ich werde sicher nicht mit einer rechtsextremen Gruppe mitmarschieren.» Er glaube auch nicht, dass andere Parteimitglieder sich aus Enttäuschung am Samstag zur Pnos gesellen.

Feier wäre zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht.» Gleicher Meinung ist auch Andrea Gmür-Schönberger, Vizefraktionschefin der CVP: «Wir waren zwar nicht begeistert darüber, aber wir haben den Entscheid der Regierung akzeptiert. Nun muss der Kanton den Anlass analysieren und ohne Druck von aussen entscheiden, wie er mit der Schlachtfeier weiterfahren will.» Mit dem neuen Konzept sei zumindest ein erfolgreicher Marschhalt eingeleitet worden: «Endlich konnte wieder ohne Rechts- und Linksextreme unbeschwert gefeiert werden», so Gmür-Schönberger.

### Grüne sind begeistert

Wirklich begeistert vom neuen Konzept zeigen sich nur die Grünen. Co-Präsidentin Monique Frey sagt: «Der Umzug ist für uns ein alter Zopf. Und alte Zöpfe muss man manchmal halt abschneiden.» Es gehe schliesslich nicht nur darum, etwas zu feiern. «Man muss sich fragen, wie man in der heutigen Zeit Geschichte präsentiert», so Frey. Mit dem neuen Konzept sei dies dank des Forums Geschichte und der Jugenddebatten sehr gut gelungen.

# Tiefbahnhof: Baubeginn soll 2017 sein

## LUZERN Der Tiefbahnhof

Luzern steht nicht auf der Prioritätenliste des Bundes.

Ein Pro-Komitee verlangt dies aber – und noch mehr.

Am Freitag läuft die Vernehmlassungsfrist zu neuen Bahnprojekten des Bundes und deren Finanzierung aus. Danach wird der Bund die Vernehmlassungseingaben bearbeiten. Das Zentralschweizer Komitee Tiefbahnhof Luzern meldet sich nun zu Wort – und macht weiter Druck auf den Bund. In einer Stellungnahme formuliert es vier konkrete Forderungen, die in eine abschliessende Vorlage einfließen sollen. Dem überparteilichen Komitee gehören Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur an.

### Baubeginn soll unmittelbar erfolgen

Der Tiefbahnhof sei möglichst rasch zu realisieren. Geht es nach dem Komitee, müsse der **Baubeginn für 2017** angesetzt werden. «Ursprünglich hiess es einmal 2016», sagt Pius Zängerle, Kantonsrat (CVP) und operativer Leiter des Komitees. «Nun geistert die Zahl 2025 umher – und wenn der Tiefbahnhof nicht zur ersten Priorität erklärt wird, kann es auch 2030 sein.» Die Arbeiten für das Vorprojekt werden 2012 abge-

schlossen, «dann weiss man genauer, wie teuer das Projekt ausfallen wird», sagt Zängerle. Er erwarte keine Einsparungen, weshalb ein Baubeginn gleich im Anschluss an die Projektierung möglich sei.

### Erste Priorität für Tiefbahnhof

Die wichtigste Forderung ist nach wie vor die **Einstufung des Tiefbahnhofprojekts als erste Priorität**. Derzeit stehen acht Eisenbahnprojekte in der Vorlage «Finanzierung und Ausbau Bahninfrastruktur (Fabi)». Vieren davon wird erste Priorität zugeschrieben – den übrigen, darunter dem Tiefbahnhofprojekt Luzern, zweite Priorität. «Zuerst hiess es vom Bund, man kenne das Projekt in Luzern nicht», sagt Zängerle. «Mittlerweile heisst es zwar, ein Tiefbahnhof in Luzern wäre gut, aber nicht wichtig genug – bei unseren Problemen ist das aber schlicht nicht hinnehmbar.»

### Projekt in anderem Licht sehen

Als dritter Punkt wird gefordert, dass nebst der Vorfinanzierung auch eine **Mitfinanzierung des Tiefbahnhofs Luzern durch die Zentralschweizer Kantone** ermöglicht wird. Der Bund schätzt die Kosten des Tiefbahnhofprojekts auf bis zu 1,8 Milliarden Franken. In der Vernehmlassungsbotschaft werden keine Aussagen zur Mitfinanzierung des Projektes gemacht. Zängerle rechnet aber mit Zentralschweizer Beiträgen in

## Neue Variante

**TIEFBAHNHOF** io. Kürzlich erschien im Fachmagazin «Schweizer Eisenbahn-Revue» eine alternative Variante des Tiefbahnhofprojekts Luzern. Die unter dem Namen «Tiefbahnhof Transit» lancierte Idee sieht einen Tunnel unter der Altstadt und dem Kantonsspital in Richtung Ermtenbrücke vor. Der Bahnhof würde sich somit auf die Strecke Olten–Basel ausrichten. Das Zentralschweizer Komitee Tiefbahnhof Luzern steht dem skeptisch gegenüber: «Ein solcher Vorschlag müsste zuerst von den SBB und dem Kanton geprüft werden», sagt Pius Zängerle. «Diese Variante enthält aber ebenfalls eine Seeunterquerung und einen Tunnel durch Felsen, hinzu kommt noch eine Reussunterquerung – kostengünstiger kann diese Variante kaum sein», so Zängerle. «Ein entscheidender Nachteil: Das Problem der Rotsee-Enge wird so nicht gelöst.»

der Höhe von rund 500 Millionen Franken. «Bei der Bewertung des Projekts wurde dieser Aspekt nicht mit einberechnet», sagt Zängerle. «Wenn aber ersichtlich wäre, dass der Bund nur

1 Milliarde zahlen muss, würde das Projekt in einem ganz anderen Licht erscheinen.»

### Möglich: Durchgangsbahnhof

Gemäss der vierten Forderung des Zentralschweizer Komitees Tiefbahnhof Luzern soll aus dem geplanten **Kopfbahnhof Luzern zu einem späteren Zeitpunkt ein Durchgangsbahnhof werden**. «Dies ist im Richtplan des Bundes, dem so genannten Sachplan Verkehr, heute nicht vorgesehen. Die Voraussetzungen dafür sind aber, spätestens seit die SBB den Durchgangsbahnhof in ihrem eigenen Rahmenplan führen, gegeben», sagt Zängerle. Die Forderung will daher die Aufnahme im «Sachplan Verkehr, Infrastruktur Schiene (SIS)», zu dem zurzeit eine Anhörung stattfindet.

### Stellungnahme in letzter Minute

Auch die Luzerner Regierung will sich noch diese Woche zur Vorlage des Bundes äussern. Eine Stellungnahme werde in den nächsten Tagen verabschiedet, heisst es beim Baudepartement auf Anfrage. Die neu zusammengesetzte Regierung nimmt sich in einer zweitägigen Klausur heute und morgen des Themas an. Frühestens dann – also beinahe in letzter Minute – sei eine Stellungnahme zu erwarten.